

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/48

11. März 1975

Die Demokratie gerät in Gefahr

Die Machtstrategie von Strauß und ihre Folgen

Seite 1 / 32 Zeilen

"Ein jeder trägt auch des anderen Last"

Fritz Erler kein "Kronzeuge" für den destruktiven
Strauß

Von Herbert Bermeitinger
Pressereferent bei der sozialdemokratischen Bundestags-
fraktion von 1962 bis 1970

Seite 2 und 3 / 62 Zeilen

Stärkere Integration und Verzahnung

SPD-Programm für die Reform des Gesundheitswesens

Von Detlev Distz
Gesundheitspolitischer Referent für die Arbeitsgemein-
schaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Seite 4 und 5 / 51 Zeilen

Mehr Demokratie in Bürgernähe

Erweiterung der Kompetenzen des Petitionsausschusses

Von Karl-Heinz Hansen MdB
Stellv. Vorsitzender des Petitionsausschusses des
Bundestages

Seite 6 und 7 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Freizeithaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 00 86 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Demokratie gerät in Gefahr

Die Machtstrategie von Strauß und ihre Folgen

Die Dementiermaschine der CSU ist steckengeblieben. An der Authentizität der zuerst vom "Spiegel" veröffentlichten Tonbandabschrift der Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden von Mitte November 1974 kann kein Zweifel mehr bestehen. Das Parlament und die Bevölkerung der Bundesrepublik haben also davon auszugehen, daß Strauß, zweifellos im Rauach seines Wahlerfolges ganz ungehemmt, seinen Gefolgsleuten das Modell seiner Absichten und seines Vorgehens zur Übernahme der Macht in Bonn vorgetragen hat. Sein Hinweis, daß er diesen oder jenen Aspekt der Sonthofener Strategie bereits hier und da auch öffentlich vorgetragen habe, mag zutreffen. Das ändert aber nichts an dem nackten Tatbestand, daß wir uns in der Sonthofener Rede zum ersten Mal mit dem ganzen Planungsvorhaben des CSU-Vorsitzenden konfrontiert sehen. Darauf hat sich die Bundesrepublik einzurichten.

Die SPD, die sich inzwischen mit dem neuen Tatbestand in seiner ganzen Tragweite und Verästelung befaßt hat, ist entschlossen, keine Ausflüchte mehr zuzulassen, sondern, dem Ernst der von Strauß heraufbeschworenen Lage entsprechend, ganz hart am Mann und an der Sache zu bleiben. Es wird daher mit dem notwendigen Nachdruck festzuhalten sein, daß der CSU-Vorsitzende seine Chancen im Rahmen und als Konsequenz eines Verelendungs-Ableufs der Wirtschaft sieht, den er nur mit Anklagen gegen die Regierung begleiten will, um sie im Urteil der Öffentlichkeit ständig ins Unrecht setzen zu können - auch auf die Gefahr negativer Auswirkungen für die Wirtschaft selbst und für die Arbeitnehmer. Daher lehnt der CSU-Vorsitzende jede Gemeinsamkeit der Opposition mit der Koalition schon im Ansatz rundweg ab. Die Strauß-Parole heißt ausschließlich: Allgemeine Konfrontierung, auch wenn der Staat und die Demokratie Schaden leiden.

Diese Kampfansage des rücksichtslos nach der Macht strebenden CSU-Vorsitzenden trifft alle Demokraten in unserem Staate. Sie bedroht sie, wo immer sie als Demokraten parteipolitisch stehen. Es ist damit auch Sache der CDU und ihrer Führung, ganz klar ihre Position zu finden und der Bevölkerung bekanntzugeben, bevor sich die Grenzen so verwischen, daß im Zeichen der "Union" auch die Kohl-Partei in den Strudel der sich selbst disqualifizierenden Machtbesessenheit des CSU-Vorsitzenden gerät.

(ee/11.3.1975/ks/ee)

+ + +

"Ein jeder trägt auch des anderen Last"

Fritz Erler kein "Kronzeuge" für den destruktiven Strauß

Von Herbert Bermeitinger
Pressereferent bei der Sozialdemokratischen
Bundestagsfraktion von 1962 bis 1970

Der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat sich auf einer Pressekonferenz in München auf den verstorbenen stellv. SPD-Vorsitzenden und Oppositionsführer im Bundestag, Fritz Erler, bezogen, als er vor Journalisten auf seine skandalöse Klauerrrede in Sonthofen und auf seine Erklärung hingewiesen wurde, daß die Opposition die Regierung selbst in schwierigen Situationen keineswegs mit konkreten Vorschlägen zu unterstützen habe.

Niemand aber eignet sich weniger als Kronzeuge für die Strauß-Absagen die staatspolitische Verantwortung einer parlamentarischen Opposition als Fritz Erler!

Franz Josef Strauß will und pflegt die Krise. Franz Josef Strauß will das Volk, will den Wähler geschockt sehen. Franz Josef Strauß will, daß der Wähler sich im Zustand dieses Schocks in seinem Sinne eher emotionell denn politisch entscheide.

Fritz Erler aber hat die Rolle der parlamentarischen Opposition so niemals gesehen. Ganz im Gegenteil. Als er sich 1949, wenige Tage nach den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag, in der Tageszeitung "Der Württemberger" zu der Rolle von Opposition und Regierung äußerte, da kam er unter anderem zu diesen Feststellungen: "Bei einer starken Opposition ist die Regierung im Zaum gehalten und kann sich der Staatsapparat keine Übergriffe erlauben. Die Regierung kann keine übermäßigen Experimente machen, weil sie genau weiß, daß sie dadurch das Vertrauen der Wählerschaft verlieren kann und ihre Maßnahmen bei einem Siege der Opposition wieder fallen. Aber auch die Opposition kann sich nicht in der Rolle des 'wilden Demagogen' gefallen. Sie muß damit rechnen, bei einer Neuwahl die Regierung übernehmen zu müssen, und dann beim Wort genommen zu werden."

So und ähnlich äußerte sich Fritz Erler immer und immer wieder. Niemals stellte er Demagogie oder auch nur staatspolitische unverantwortliche Taktik

in den Vordergrund seiner Auseinandersetzung mit Regierung und politischem Gegner. Und vor allem appellierte er auch in all seinen Reden immer wieder an die Verantwortung der Opposition, also auch an die Freunde in den eigenen Reihen, sich stets so zu verhalten, als gelte es morgen zu regieren.

Strauß glaubt heute, er brauche dem Volk und dem Staat keine Alternative und keine konkreten Vorschläge schuldig zu sein - Fritz Erler war der gegenteiligen Meinung. 1963 meinte er beispielsweise in einem Vortrag vor der "Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" in Frankfurt/Main, das "Erntnehmen der Alternativfunktion" durch die Opposition sei "außerordentlich wichtig zur Aufrechterhaltung des demokratischen Lebens". Falls Strauß wirklich bei Fritz Erler Rat und Hilfe sucht, wie konstruktive Opposition aussehen könnte, muß er beispielsweise jene Rede nachlesen, die der damalige Bundestagsoppositionsführer auf dem Karlsruher Bundesparteitag der SPD 1964 gehalten hat. Damals sagte Erler: "Wir kritisieren, wenn die Regierung etwas falsch macht, und wir sagen dabei, warum und wie wir es anders machen würden. Wir mahnen und drängen, wenn die Regierung etwas unterläßt, was im Interesse von Volk und Staat notwendig ist. Diese Art ist uns gut bekommen und hat das Vertrauen zu uns gestärkt. Kein Wunder, daß nun aus dem gegnerischen Lager Ratschläge laut werden, wir sollten eher Lärm um des Geräusches willen verursachen und auf diese Weise die Oppositionspflicht erfüllen."

Zu den großen, von staatsmännischer Verantwortung getragenen Reden Fritz Erlers gehörte am 24. Oktober 1964 seine Erwiderung auf die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Prof. Dr. Ludwig Erhard. Erler schloß seine "Oppositionserklärung", die dutzende sachlicher konstruktiver Alternativen aufzeigte, also genau das, was Strauß um jeden Preis verhindern will, bei CSU und CDU, mit diesen Worten: "Dieser unser Staat, das ist nicht eine Koalition, das ist auch keine Partei, das sind wir alle. Deshalb möchte ich von mir aus mit dem Satz schließen: Wir sind ein Volk, da trägt ein jeder auch das andere Last!"

Ein Franz Josef Strauß, der seine eigene und die Verantwortung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie der Unions-Parteien so zynisch leugnet, kann sich niemals auf Fritz Erler berufen. Er beleidigt ihn.

(-/11.3.1975/ka/ee)

Stärkere Integration und Verzahnung

SPD-Programm für die Reform des Gesundheitswesens

Von Detlev Dietz

Gesundheitspolitischer Referent für die Arbeitsgemeinschaft
der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

Die bisherige Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Ärzte (ASÄ) hat auf ihrem XIV. Bundeskongreß in Köln ihren Namen geändert, um der Strukturänderung, die sich durch die Erweiterung des Mitgliederkreises ergeben hat, auch äußerliche Rechnung zu tragen. Sie heißt jetzt "Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASÄ)". Damit wird den Beschlüssen des Parteitages von Hannover und des Freiburger ASÄ-Bundeskongresses Rechnung getragen.

Den 70 Delegierten lag während der dreitägigen Beratungen ein Diskussionsentwurf eines Grundsatzprogramms zur Gesundheitspolitik, ausgearbeitet von einer Arbeitsgruppe des Bundesvorstandes, vor. Die Kernpunkte dieses Entwurfs sehen zu einer durchgreifenden Reform unseres Gesundheitswesens vor. Diese Notwendigkeit betonte auch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt in seiner Rede nachdrücklich.

Der ASÄ-Kongreß befürwortete vor allen Dingen folgende Grundsätze:

1/ Das Gesundheitswesen soll im wesentlichen auf regionaler Ebene auf eine neue Grundlage gestellt werden. Vorgeschlagen wird die Bildung von Regionalverbänden medizinischer Versorgung, die als Körperschaften des öffentlichen Rechts das Gesundheitswesen planen, organisieren und zum Teil auch Aufgaben selbst durchführen. In diesen Regionalverbänden teilen sich die Versicherten, die im Gesundheitswesen Tätigen und die

Kommunen zu je einem Drittel in die Führung. Die Normenvorgabe in diesem Modell der Selbstverwaltung erfolgt durch den Staat.

2/ Im Rahmen eines von den Regionalverbänden erarbeiteten Bedarfsplans stellen die fachübergreifenden Gruppenpraxen den Regelfall in der ambulanten Versorgung dar.

3/ Die Regionalverbände der medizinischen Versorgung errichten medizintechnische Zentren, die sowohl für den ambulanten als auch für den stationären Bereich des Gesundheitswesens zentral die große technische Diagnostik durchführen.

4/ Es werden zentrale Informationssysteme errichtet, die, unter voller Berücksichtigung des Verschwiegenheitsanspruchs des Patienten, den erforderlichen Informationsfluß zwischen den verschiedenen Sektoren des Gesundheitswesens gewährleisten.

5/ Mit diesen Mitteln wird eine stärkere Integration und Verzahnung der verschiedenen Bereiche des Gesundheitswesens erreicht.

Diese Kernpunkte sowie weitere wesentliche Punkte des Grundsatzprogrammentwurfs wurden vom Kongreß gebilligt. Das Programm wird nun entsprechend der Kongreßergebnisse überarbeitet und dem Parteivorstand zur weiteren Verwertung übergeben werden. Es bleibt zu hoffen, daß der Mannheimer Parteitag im November 1975 die Probleme des Gesundheitswesens diskutiert und die Gesundheitspolitischen Leitsätze des Karlsruher Parteitags von 1964 durch eine neue, aktuelle Gesundheitspolitische Aussage der Partei ersetzt wird. Dazu soll der ASÄ-Diskussionsentwurf ein Beitrag und eine Hilfe sein.

(-/11.3.1975/ka/ee)

+ + +

Mehr Demokratie in Bürgernähe

Erweiterung der Kompetenzen des Petitionsausschusses

Von Karl-Heinz Hansen MdB

Stellv. Vorsitzender des Petitionsausschusses des Bundestages

Der Deutsche Bundestag hat vor kurzem ein Reformvorhaben verabschiedet, das wie wenige Gesetze schon auf den ersten Blick den Nutzen für die Bürger unseres Landes erkennen läßt. Es handelt sich dabei um die Verbesserung des Petitionswesens. Der Petitionsausschuß wurde im Grundgesetz verankert und mit weitgehenden Kontrollbefugnissen ausgestattet.

Die Möglichkeit, sich mit Bitten und Beschwerden an die Volkvertretung des Bundes oder der Länder zu wenden, ist ein schon lange verbrieftes Grundrecht und auch Bestandteil des Grundrecht kataloges unserer Verfassung. Die Zahl der beim Petitionsausschuß des Bundestages eingehenden Petitionen zeigt, daß viele Bürger davon Gebrauch machen. Die Statistik über die Erledigung der Eingaben läßt aber auch erkennen, daß nur ein geringer Prozentsatz davon positiv bearbeitet werden kann. Sicher ist das eine Bestätigung dafür, daß in sehr vielen Fällen Regierung und Verwaltung korrekt gehandelt haben. Die im Petitionsausschuß tätigen Abgeordneten wissen aus ihrer Erfahrung aber auch, daß dem Anliegen des Bürgers oft nicht Rechnung getragen werden konnte, weil die Möglichkeiten der Aufklärung bisher zu gering waren.

Bis jetzt war es nur möglich, einen Vorgang über die Bundesregierung zu klären, die wiederum bei der beklagten unteren Behörde nachfragte. Das Ergebnis war eine durch viele Instanzen und den Dienstweg gefilterte Stellungnahme der Exekutive. Das dauerte lange und war oft unergiebig, denn dieser Weg gab eher der Verwaltung die Gelegenheit, die Maßnahme zu vertei-

digen, als daß der Bürger seiner Beschwerde Nachdruck verleihen konnte.

Durch die verabschiedeten Gesetze erhält der Petitionsausschuß nun folgende verbesserte Kontrollbefugnisse: Das Recht auf Auskunft und Aktenvorlage seitens der Bundesregierung und der -behörden; das Recht auf Anhörung der Petenten und anderer Beteiligter; das Recht auf Information und Überprüfung an Ort und Stelle; das Recht auf Amtshilfe durch Gerichte und Verwaltungsbehörden; und die Möglichkeit der Übertragung dieser Rechte auf einzelne Mitglieder des Ausschusses. Diese Befugnisse werden dem Ausschuß eine schnelle, unmittelbare und unabhängige Sachaufklärung ermöglichen.

Die Reform des Petitionswesens hat den Deutschen Bundestag lange beschäftigt. Schon in der 5. und 6. Wahlperiode hatte es entsprechende Gesetzesentwürfe gegeben und der jetzt verabschiedeten Regelung liegen zwei Initiativgesetzentwürfe zugrunde, die im Mai 1973 gemeinsam von den Fraktionen des Deutschen Bundestages eingebracht worden waren. Als Urheberin eines verbesserten Petitionswesens muß jedoch ohne Zweifel die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Helene Wessal angesehen werden, die als langjährige Vorsitzende des Ausschusses schon in den 60er Jahren die Dringlichkeit einer Reform des Petitionswesens betont hatte.

Viele Petitionen werden wie bisher bearbeitet werden können. Das Instrumentarium der erweiterten Befugnisse muß maßvoll eingesetzt werden, um zu gewährleisten, daß sie immer ein nachdrückliches Kontrollmittel für die Fälle bleiben, die von besonderer Tragweite sind. Hier hat das Parlament auch die Möglichkeit, neues Ansehen und das Vertrauen der Bürger zu gewinnen. Stärkt die Reform des Petitionswesens durch die erweiterten Kontrollbefugnisse das Parlament insgesamt, so ist dies kein Selbstzweck, sondern geschieht zum Nutzen der hilfesuchenden Menschen. Der Rechtsschutz des Bürgers gegenüber Verwaltung und Regierung - der in seinen Augen immer mächtiger gewordenen Bürokratie - wurde entscheidend verbessert. Sozialdemokraten und Freie Demokraten haben erneut die Ernsthaftigkeit ihres Versprechens, mehr Demokratie zu verwirklichen, bewiesen.
(-/ 11.3.1975/ka/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller